

Bericht des Hörfunkrates von Deutschlandradio für das Jahr 2021



(Quelle: Deutschlandradio/Anke Beims)

Die Sitzungen des Hörfunkrates und seiner Ausschüsse waren auch im Jahr 2021 weiterhin stark geprägt von der Corona-Pandemie. Gleichwohl ist das Gremium seinen Aufgaben vollumfänglich nachgekommen.

In seiner ersten virtuellen Sitzung des Jahres am 11. März 2021 verabschiedete der Hörfunkrat Andreas-Peter Weber nach fast zehn Jahren im Amt als Programmdirektor von Deutschlandradio und würdigte dessen Verdienste um die programmlichen Angebote des nationalen Hörfunks. Zugleich begrüßten die Hörfunkratsmitglieder seine Nachfolgerin Jona Teichmann, die – vom WDR kommend – am 1. April 2021 dessen Funktion übernahm.

Ausführlich informieren ließ sich der Hörfunkrat über den aktuellen Stand bei der ausgesetzten Erhöhung des Rundfunkbeitrages. Deutschlandradio hatte kurz nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, sich mit der ausstehenden Anhebung um 86 Cent erst zu einem späteren Zeitpunkt zu befassen, zahlreiche kurzfristig umsetzbare Sperrmaßnahmen im Haushalt beschlossen.

Als Vorsitzender des Nichtständigen Ausschusses Drei-Stufen-Test berichtete Michael Deutscher in der Sitzung außerdem über den aktuellen Prüfungsstand. Nach Eingang von vier Stellungnahmen Dritter sprach sich der Hörfunkrat einstimmig dafür aus, die Vergabe des vorgeschriebenen wettbewerbsökonomischen Gutachtens in Kürze durch ein Interessenbekundungsverfahren anzugehen.

Bereits am Vortag hatte sich der Programmausschuss des Hörfunkrates mit mehreren Themen befasst, die die Programme im Jahr 2021 prägen sollten. Dabei ging es unter anderem um die standortübergreifende Zusammenarbeit der Funkhäuser in Köln und Berlin, durch die die fachliche Expertise in den Redaktionen gestärkt werden soll. Sehr ausführlich informierten sich die Ausschussmitglieder außerdem darüber, wie sich die Programme auf die zahlreichen Wahlen in diesem Jahr vorbereiten.

Schließlich befasste sich der Hörfunkrat mit einer Programmbeschwerde zu dem Angebot: Kommentar „Brandstiftung darf sich nicht lohnen“ von Silke Hasselmann vom 11. September 2020, in: Studio 9 (Deutschlandfunk Kultur) und „Themen der Woche“ (Deutschlandfunk). Der Hörfunkrat beschied, auf

der Grundlage der Informationen des Programmausschusses und nach eigener Beratung, die Beschwerden als nicht abhilfefähig, da keine Verletzung der Programmgrundsätze erkennbar sei. Die Beschwerde wurde damit in letzter Instanz als nicht abhilfefähig beschieden.

In seiner virtuellen Sitzung am 17. Juni 2021 befasste sich der Hörfunkrat u. a. mit den Überlegungen der Länder, die Kompetenzen der Aufsichtsräte im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu stärken, welche das Gremium ausdrücklich begrüßte. Der Vorsitzende Frank Schildt äußerte die Erwartung, „dass die breite gesellschaftliche Repräsentanz und Kompetenz in den Gremien künftig noch stärker als Ressource für die gemeinwohlorientierten Programme zur Geltung kommen wird.“

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung hatte der Hörfunkrat zuvor einstimmig beschlossen, die Firma Goldmedia GmbH mit der Erstellung des wettbewerbsökonomischen Gutachtens im laufenden Drei-Stufen-Test zu beauftragen.

Intensiv erörterte der Hörfunkrat den aktuellen Jahresbericht der Gleichstellungsbeauftragten des Senders. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen hatte sich laut dem Bericht in den letzten Jahren weiter erhöht und lag zuletzt bei 34 Prozent. „Die Bemühungen um eine repräsentative Verteilung sind eindeutig erkennbar“, so die Einschätzung der 2. stellvertretenden Hörfunkratsvorsitzenden Katrin Hatzinger. Gleichwohl zeige auch die Diskussion im Hörfunkrat, dass hier weiter Handlungsbedarf bestehe. In diesem Zusammenhang erörterte das Gremium auch die Erfahrungen mit mobilem Arbeiten in der Pandemie und die Konsequenzen, die Deutschlandradio für die Zeit danach daraus ziehen wolle. Das positive Feedback aus der Belegschaft zeige, dass hier neue Wege beschritten werden sollten, sagte Hörfunkratsvorsitzender Frank Schildt.

Am Vortag hatte wie gewohnt der Programmausschuss des Hörfunkrates getagt. Einen Schwerpunkt bildete dabei das neu geschaffene Ressort „Länder“ in dem die Berichterstattung aus und über die Bundesländer gebündelt wird – seit Januar 2021 standortübergreifend und für alle Auspielwege. Im Gespräch mit der neuen Programmdirektorin Jona Teichmann diskutierte der Programmausschuss darüber hinaus einige der Themen, die Frau Teichmann als Schwerpunkte ihrer Arbeit skizzierte. Das Spektrum reichte dabei von Wissenschaftsberichterstattung im Deutschlandradio über digitale Innovationen bis hin zur Frage, wie sich gesellschaftliche Diversität noch besser abbilden lasse.

Schließlich befasste sich der Hörfunkrat mit einer Programmbeschwerde zu dem Angebot: Plus Eins vom 25. September 2020, in: Deutschlandfunk Kultur. Der Hörfunkrat beschloss, auf der Grundlage der Informationen des Programmausschusses und nach eigener Beratung, die Beschwerde in letzter Instanz zurückzuweisen.

Anders als geplant tagte der Hörfunkrat auch am 2. September 2021 digital. Grund war der kurzfristig ausgerufene Bahnstreik. Intensiv beschäftigte sich das Gremium mit dem positiven Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Rundfunkbeitrag. Das Karlsruher Urteil „sei so konsequent wie wichtig in seiner inhaltlichen Präzisierung“, erklärte Katrin Hatzinger, die 2. stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsgremiums in ihrem Fazit.

Die Wahl des Intendanten sowie die Wahl zweier neuer Mitglieder für den Wirtschafts- und Finanzausschuss mussten verschoben werden, weil Online-Wahlen aus rechtlichen Gründen beim Hörfunkrat von Deutschlandradio nicht möglich sind.

Die übrigen Tagesordnungspunkte blieben von der Formatänderung unberührt. So genehmigte das Gremium den Jahres- und Konzernabschluss 2020 und entlastete Intendant Stefan Raue für das Jahr 2020. Die Körperschaft weist für das zurückliegende Jahr in der Ertrags- und Aufwandsrechnung einen Fehlbetrag in Höhe von 24,5 Mio. Euro aus. Im Vergleich zum prognostizierten Fehlbetrag von 30,9 Mio. Euro im Wirtschaftsplan 2020 bedeutet dies eine Verbesserung um 6,4 Mio. Euro.

Sehr wohlwollend zur Kenntnis nahmen die Hörfunkratsmitglieder die im Juli, nach einer pandemiebedingten Pause, erstmals wieder vorgelegten Zahlen der MA Audio. Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk Nova kamen dabei erneut auf Rekordwerte, allein der Deutschlandfunk erreichte der Analyse zufolge täglich 2,23 Mio. Hörer*innen. Neben der linearen Nutzung ließen sich die Mitglieder des Hörfunkrates auch über die stetigen Zugewinne in der non-linearen Welt informieren. Aus Sicht des Hörfunkrates „sind die neuen Bestmarken vor allem auch eine Anerkennung der Arbeit der Redaktionen“, so der Vorsitzende Frank Schildt.

Mit Blick auf die Programmarbeit informierte sich der Hörfunkrat ferner über den neuen Liveblog in Einfacher Sprache zur Bundestagswahl und über die „Deutschlandradio-Denkfabrik“. Mit dem seit 2019 existierenden Format der Denkfabrik widmen sich die Deutschlandradio-Programme jedes Jahr einem von Hörer*innen ausgewähltem Jahresthema.

Tags zuvor hatte sich der Programmausschuss mit der neuen Redaktion „Meinung und Diskurs“ ausgetauscht. Für den Programmausschuss erklärte die Vorsitzende Helga Diener: „Mit der neuen Redaktion soll die Vielfalt an Perspektiven sichergestellt werden, zugleich können über Social Media verstärkt jüngere Zielgruppen erreicht werden.“ Zur kontrovers diskutierten Nutzung gendersensibler Sprache sprach der Programmausschuss mit der Programmleitung von Deutschlandfunk Nova. Das junge Infoangebot von Deutschlandradio hatte ein „Mission Statement“ zum Thema entwickelt, welches aus Sicht des Programmausschusses einen „differenzierten und undogmatischen Zugang“ zur Thematik bietet.

Als Vorsitzender des nichtständigen Ausschusses Drei-Stufen-Test erklärte Michael Deutscher den aktuellen Stand des Prüfverfahrens. Die Arbeit des Ausschusses befinde sich im Zeitplan, das für die Prüfung angeforderte Pflichtgutachten sei fristgerecht eingetroffen, nun gehe es um dessen Kommentierung sowie die Prüfung der vier eingegangenen Stellungnahmen Dritter.

Abschließend bestätigte der Hörfunkrat auf Empfehlungen des Programmausschusses Änderungen im Internetauftritt des Gremiums. Künftig sollte dort noch einfacher ersichtlich sein, wie Programmbeschwerden behandelt werden und welche Voraussetzungen dafür notwendig sind. (Zu finden unter <https://www.deutschlandradio.de/programmbeschwerden.4035.de.html>).

Bedingt durch die sich abzeichnenden ansteigenden Corona-Inzidenzen beschloss der Vorsitz des Hörfunkrates – im Einvernehmen mit dem Präsidium – auch die Sitzung am 15. Dezember 2021 digital abzuhalten. Dabei wurde der Wirtschaftsplan 2022 – auf Empfehlung des Wirtschafts- und Finanzausschusses des Hörfunkrates sowie des Verwaltungsrates von Deutschlandradio – einstimmig genehmigt. Den geplanten Erträgen in Höhe von 262,4 Mio. Euro stehen Aufwendungen in Höhe von 296,9 Mio. Euro gegenüber.

Erstmalig dabei waren Ministerialrat Philipp Franke für das Land Baden-Württemberg (in der Nachfolge von Staatsrätin Gisela Eler) und Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing für das Land Rheinland-Pfalz (in der Nachfolge von Pia Schellhammer). Beide wurden in der Runde herzlich willkommen geheißen.

Ein weiteres Mal setzte sich das Aufsichtsgremium mit den Reformplänen der Länder für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auseinander. Der Hörfunkrat begrüßte dabei den vorliegenden Diskussionsentwurf zu Auftrag und Strukturoptimierung. Dieser betone noch deutlicher als bisher die Rolle der Kultur und stärke die Rolle der Gremien, die künftig auch mit der Festsetzung inhaltlicher und formaler Qualitätsstandards betraut werden. Der Entwurf betone den Wert einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung durch die Räte und beschreibe zugleich den Markenkern von öffentlich-rechtlichem Qualitätsjournalismus: „Hier sehen wir Deutschlandradio mit seinen Angeboten schon heute sehr gut aufgestellt. Gleichzeitig ist es richtig und notwendig, im digitalen Raum flexibel auf neue Entwicklungen reagieren zu können.“

Der Hörfunkrat zog in seiner Sitzung auch eine Bilanz der „Denkfabrik“ im Deutschlandradio. Mit dem Dialogformat werden seit dem Jahr 2019 zusammen mit Hörerinnen und Nutzern die großen Fragen der Zeit diskutiert. Im laufenden Jahr ging es im Schwerpunktthema „Auf der Suche nach dem ‚Wir‘“ um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. 2022 lautet das Thema „Von der Hand in den Mund. Wenn Arbeit kaum zum Leben reicht“. An der Abstimmung beteiligten sich mehr als 37.000 Menschen und gaben dabei mehr als 12.000 Anregungen und Kommentare ab. Katrin Hatzinger, 2. stellvertretende Vorsitzende des Hörfunkrates würdigte ausdrücklich die diskursiv angelegten Angebote der „Denkfabrik“: „Gerade in diesen Wochen sehen wir einmal mehr, wie dringend notwendig Orte für zivilisierten Streit über die wichtigen gesellschaftlichen Themen sind.“

Seit dem Jahr 2015 informiert sich der Hörfunkrat anhand einer umfangreichen Übersicht über die Themen von Lob, Beschwerden und Kritik. Neben dem Hörservice kommt dabei auch den sozialen Netzwerken eine wichtige Rolle zu. Insgesamt hat sich die Zahl der Rückmeldungen und Anfragen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht erhöht. Von Januar bis Oktober 2021 verzeichnete der Hö-

erservice 63.422 Kontakte. Die meisten Rückmeldungen bezogen sich auf den Deutschlandfunk, wichtigstes Thema war auch in diesem Jahr die Corona-Berichterstattung.

Bereits am Vortag hatte sich der Programmausschuss des Hörfunkrates mit aktuellen Themen und Veränderungen in der Programmgestaltung von Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk Nova befasst. Im Mittelpunkt stand dabei neben der erstmals gemeinsam von Deutschlandfunk und Deutschlandfunk Kultur betreuten Sondersendung zur Bundestagswahl und den Diskussionen auf Twitter Spaces die Entwicklung der Wissenschaftsberichterstattung. Mit neuen Formaten wie dem Wissenschaftspodcast „Deep Science“ soll hier ein breiteres Publikum erreicht werden. Eine Programmbeschwerde zur Sendung „Hintergrund“ am 11. Juli 2021 im Deutschlandfunk beschieden die Mitglieder des Programmausschusses als nicht abhilfefähig, da sie keine Verletzung der Programmgrundsätze erkennen konnten.